

Hubertus Buchstein / Dirk Jörke

Das Unbehagen an der Demokratietheorie

Einleitung

Alle wichtigen Begriffe der Politischen Theorie sind umkämpfte Begriffe. Sie sind nicht einfach sachliche Bezeichnungen für politische Phänomene, sondern drücken in ihrer Verwendung starke emotionale und bewertende Urteile aus wie Zustimmung, Hoffnung, Verachtung, Lob, Kritik und Hass. Keine noch so sehr auf wissenschaftliche Neutralität zielende Begriffswahl kann den performativen Charakter von politischen Begriffen vollständig ausschalten. Der Kampf um einen politischen Begriff gelangt erst an sein Ende, wenn er seinen politischen Bedeutungsgehalt schon verloren hat. Ein Begriff, der von allen akzeptiert wird, ist als politischer Begriff ausgestorben; die politischen Auseinandersetzungen gruppieren sich dann bereits um andere Termini. Aus der Beobachterperspektive gleicht die Karriere politischer Begriffe fast einem natürlichen Lebensprozess mit Entstehungszeit, Blütephase und allmählichem Absterben, bis sie schließlich im Begriffsmuseum der politischen Ideengeschichtsschreibung verschwinden, um vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt – frisch aufpoliert – zu neuem Glanze zu gelangen.

Gäbe es einen Preis, der Überlebenskünstlern in der politischen Begriffsgeschichte verliehen wird, dann würde „Demokratie“ auf der Nominierungsliste ganz weit vorn stehen. Denn bis heute hat der Begriff jedem Versuch seiner Musealisierung erfolgreich widerstanden. Er konnte überleben, gerade weil er so heftig umstritten ist: Zum einen stand die „Demokratie“ Jahrhunderte lang im Zentrum politischer Konflikte zwischen Befürwortern und Gegnern; zum anderen war und ist die Bedeutung dessen, was genau unter „Demokratie“ zu verstehen ist, nicht minder umstritten.

Angesichts der Differenzen zwischen antiker, neuzeitlicher und heutiger Verwendung grenzt es an ein sprachhistorisches Wunder, dass der Demokratiebegriff überhaupt noch praktischen Gebrauch in Wissenschaft und Alltagssprache findet. Wie bemerkenswert die semantischen Rochaden sind, die der Terminus in seiner langen Geschichte seit der Antike durchlaufen hat, wird augenfällig, wenn man einen Vergleich mit der Karriere anderer Termini vornimmt. Den meisten ist es in der Evolutionsgeschichte der politischen Sprache viel schlechter ergangen. Beispielsweise stehen die terminologischen Brüder „Tyrannis“ oder „Despotismus“

heute auf der Liste der aussterbenden politischen Begriffe. Auch von anderen klassischen Begriffen wie „Aristokratie“, „Oligarchie“ oder „Usurpation“ ist kaum noch die Rede, und „Monarchien“ scheint es nur noch in einem folkloristischen Sinne zu geben. Allein der römische Begriff der „Diktatur“ konnte sich im zwanzigsten Jahrhundert erfolgreich behaupten,¹ zunächst als positiver Begriff und dann später vornehmlich als negative Kontrastfolie zur „Demokratie“. Der Demokratiebegriff verfügt dagegen bis heute über ein Bedeutungsmoment, das ihm immer neue Verwendungskontexte beschert, statt ihn sang- und klanglos in Vergessenheit geraten zu lassen.

Warum wurde „Demokratie“ nicht einfach von anderen Begriffen als Beschreibungskategorie für politische Systeme abgelöst, anstatt immer wieder aufwändig renoviert zu werden? Dies ist eine der Fragen, die wir im Folgenden zum Anlass für einige Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der modernen Demokratietheorie nehmen wollen. Offenkundig wurde und wird am Begriff der „Demokratie“ festgehalten, weil es Aspekte an ihm gibt, die es verschiedenen Akteuren zu unterschiedlichen Zeiten immer erneut sinnvoll erscheinen ließen, sich in ihren rhetorischen Strategien auf sie zu berufen. Diese Antwort führt sofort zu der Frage: Welches sind diese Aspekte und welche Rolle können sie für die zukünftige Verwendung des Demokratiebegriffs spielen? Und dies provoziert wiederum die Folgefrage, wie der Demokratiebegriff bis heute überleben konnte, genauer: welchen semantischen Transformationen er seine anhaltende Verwendung verdankt.

Mit der letzten Frage sind wir bei der ersten These unseres Beitrages gelandet. Sie lautet, dass wir augenblicklich Zeugen einer neuerlichen semantischen Transformation des Demokratiebegriffs sind. Am logischen Ende der gegenwärtigen Verschiebung, die dem Demokratiebegriff das Überleben sichern soll, steht der Versuch, sich weitestgehend von den partizipativen Momenten, die bislang alle semantischen Transformationen des Demokratiebegriffs überlebt haben, zu verabschieden. Sollte diese Beobachtung zutreffen, provoziert sie ebenfalls eine Folgefrage: Wie ist es zu der behaupteten Transformation gekommen? In unserer Antwort wollen wir nachzeichnen, in welchem Ausmaß neben den veränderten gesellschaftlichen Randbedingungen von „Demokratie“ die spezifischen Produktionsbedingungen des heutigen akademischen Demokratietheoretisierens Anteil an der aktuellen Bedeutungsverschiebung haben. Im letzten Abschnitt diskutieren wir dann zwei unterschiedliche Antworten auf die derzeitige semantische Transformation, zum einen die These von der „Postdemokratie“ und zum anderen die „Dynamisierung“ des Demokratiebegriffs. Aus unserer Sicht bietet die zweite Antwort sowohl für die normative Demokratietheorie als auch für die empirische Demokratiemessung die größeren Vorteile.

¹ Vgl. Arato (2000). Die neue Verwendung des Diktaturbegriffs auf Seiten der Bush-Regierung bei der Legitimation der innenpolitischen Maßnahmen nach den Anschlägen des 11. September 2001 in den USA schildert Arato (2002).

I. Die semantischen Transformationen des Demokratiebegriffs

Die moderne Demokratie hat mit ihren Vorläufern aus der Antike nicht viel mehr gemein als den Namen. Die Demokratie in Athen war durch die Souveränität der versammelten Bürgerschaft auf der Agora charakterisiert. Es wurde „direkte Demokratie“ praktiziert, in der nicht nur gemeinsam beraten, sondern alle wesentlichen Entscheidungen von der versammelten Bürgerschaft direkt getroffen wurden. Die Volksversammlung war das höchste und von keiner anderen politischen Institution eingeschränkte Gremium. Demokratische Politik fand ihren Ausdruck zudem im Losverfahren und im Rotationsprinzip bei der Besetzung politischer Ämter. Politische Systeme, die heute den Namen „Demokratie“ tragen, zeichnen sich demgegenüber durch die Existenz von Repräsentativorganen, Personalwahlen, Gewaltenteilung und durch verfassungsmäßige Grenzen der politischen Entscheidungsfreiheit aus. Im Vergleich zur antiken Demokratie ist die moderne Demokratie zugleich mehr als auch weniger: Sie bietet weniger politische Beteiligung; sie bietet mehr in Bezug auf die Zielbestimmung politischen Handelns, das an den Idealen der Rechts- und Sozialstaatlichkeit orientiert ist.

Diese Bedeutungsverschiebung vom antiken zum modernen Demokratiebegriff vollzog sich in einem mehrstufigen Transformationsprozess. Die grundlegenden semantischen Veränderungen betreffen die Evaluierung, Temporalisierung und Institutionalisierung des Demokratiebegriffs und lassen sich mit den Formeln „Positivierung“, „Futurisierung“ und „Komplettierung“ überschreiben.

– *Positivierung.* In den antiken Theorien von Platon und Aristoteles sowie von Cicero und Polybios war „Demokratie“ ein Negativbegriff. Alle wesentlichen Quellen, aus denen uns der antike Demokratiebegriff überliefert ist, stammen von Kritikern, wenn nicht entschiedenen Gegnern der Demokratie. Ihre Kritik war vehement, und die Mängelliste der Demokratie enthielt ganz unterschiedliche Punkte: Sie beteilige unqualifizierte Bürger an der Politik, sie kompliziere politische Entscheidungsgänge, sie produziere schlechte Entscheidungen, sie verderbe die politische Kultur oder sie sei schlicht eine amoralische Ordnung – um nur die wichtigsten Kritikpunkte zu nennen.² Diese negative Verwendung des Begriffs setzte sich ungebrochen über das Mittelalter bis in die Neuzeit fort, und erst bei Spinoza und Rousseau finden wir Versuche, die Demokratie positiv zu bestimmen. Durchsetzen konnte sich die positive Konnotation von Demokratie aber nur allmählich nach der französischen Revolution und dann im Zuge der Ausweitung des Wahlrechts in den USA, in Westeuropa, Neuseeland und Australien im 19. Jahrhundert. Begleitet war dieser Prozess von ideologischen Auseinandersetzungen, die erst Mitte des 20. Jahrhunderts ihr Ende fanden. Heute ist die Transformation

2 Für einen Überblick über die antike Demokratiekritik vgl. Ober (1998).

zu einem Positivbegriff zumindest im westlichen Kulturkreis abgeschlossen, der Begriff hat sich zu einer Kategorie der Selbstbeschreibung in globalen politischen Auseinandersetzungen entwickelt. Die Demokratie findet in modernen Demokratien zwar viele interne Kritiker, aber keine grundsätzlichen Gegner mehr.

– *Futurisierung*. Schon den politischen Denkern des Hellenismus und späteren römischen Autoren wie Cicero galt die Demokratie als eine Regierungsform einer vergangenen Epoche. Demokratie wurde vergangenheitsorientiert gedacht und mit der Existenz kleiner Stadtstaaten aus der untergegangenen Welt der griechischen Antike verbunden. Schon deshalb war sie – ungeachtet ihrer negativen Aspekte – für Autoren wie Montesquieu, John Locke oder den Verfassern der *Federalist Papers* keine ernsthafte Begriffsoption für die politische Zukunft. Positiver urteilte Hegel über die zeitgenössische Bedeutung der antiken Demokratie, aber auch er vermochte ihr seit der Freisetzung des subjektiven Geistes keine Zukunft mehr zu attestieren. Selbst Autoren wie Grotius und Rousseau, deren Theorien große Positivierungsschritte wagten, blieben bezüglich einer realistischen Zukunft der Demokratie eher zurückhaltend (aus einer solchen Perspektive war die Jakobinerherrschaft ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, und musste deshalb in einem Blutbad enden).

Erst mit Tocquevilles Buch über Amerika beginnt sich eine politische Rhetorik durchzusetzen, die die dominante Zeitstruktur im Bewusstsein vieler Zeitgenossen umkehrt und Demokratie als ein Projekt der Zukunft wahrnehmen lässt. In Tocquevilles Sicht war Nordostamerika schon in weiten Teilen eine Demokratie, und auch in Europa würde sie sich bald durchsetzen, so problematisch diese Tendenz ihm zufolge auch war. Erst diese Futurisierung machte den Demokratiebegriff zum Schlüsselbegriff der politischen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts. Gegner wie Befürworter der Demokratie wurden durch diese Perspektive elektrisiert. Die einen, weil sie nun einer Herausforderung gegenüberstanden, die für sich Zukunft beanspruchte, die anderen, weil sie ein realisierbares politisches Projekt mit dem Namen „Demokratisierung“ vor Augen hatten.³ Heute ist der Zukunftscharakter der Demokratie unumstritten. Demokratie ist ein Projekt, an dessen stetiger Verbesserung wir alle mitwirken, bis es einmal voll eingelöst ist.

– *Komplettierung*. Drittens erfuhr der Demokratiebegriff eine wesentliche Veränderung in seinem institutionellen Inventar. Bestand in der Antike ein Primat der politischen Partizipation und ihrer Institutionen, so setzte sich allmählich eine konstitutionelle Verwendungsweise durch, die das Moment der direkten Beteiligung einschränkte. Es ist der von Benjamin Constant Anfang des 19. Jahrhunderts so begrüßte Wechsel von der Freiheit der Alten zu der Freiheit der Neuen, der diesen paradigmatischen Bruch deutlich macht: Der Übergang von der negativen

³ Zu den Argumenten von Demokratiegegnern und -befürwortern in diesen Kämpfen vgl. Roper (1989), Hirschman (1992) und Femina (2001).

zur positiven Bewertung des Demokratiebegriffs geht historisch mit dem Wechsel zum Primat liberaler Abwehrrechte sowie mit dem Einbau des Repräsentativsystems einher. Die institutionellen Folgerungen dieses Transformationsschritts sind erheblich: Die Demokratie wird als Ordnung betrachtet, die mit einem System von „checks and balances“ komplettiert werden muss, damit die negative Freiheit – der Schutz des Individuums vor Beschlüssen der demokratischen Mehrheit – gesichert bleibt.⁴ Die Liste der Vorschläge, wie die Institutionen der Demokratie entsprechend komplettiert werden sollten, ist lang und bezeugt ein hohes Maß an Kreativität der zeitgenössischen Autoren. Die wichtigsten von ihnen sind institutionelle Garantien von Rechtsstaatlichkeit (z.B. Unabhängigkeit der Justiz, Verfassungsgerichtsbarkeit), verschiedene Modelle der Gewaltenteilung, der Föderalismus und mehrstufige Repräsentativsysteme.

II. Die Rationalisierung der Demokratietheorie

Nur aufgrund der drei skizzierten semantischen Transformationen konnte ein Demokratiebegriff überleben, der in so auffälliger Diskrepanz zur ursprünglichen antiken Verwendungsweise steht. Angesichts der großen Bedeutungsverschiebungen fällt es schwer, die nahe liegende Frage zu beantworten, warum der Begriff „Demokratie“ nicht einfach aufgegeben wurde, statt so umständlich mit neuen Bedeutungsinhalten gefüllt zu werden. Seine erstaunliche Überlebensfähigkeit lässt sich wohl am besten mit der Attraktion der Assoziationen erklären, die die beiden Wortbestandteile des griechischen Kompositums – *demos* und *kratein* – wecken. Die rhetorische Bezugnahme auf das Volk und die Herrschaft stellt einen – wie auch immer abgeschwächten – Bezug zu partizipativen Komponenten in politischen Systemen her und versieht sie mit breitenwirksamer Legitimation. Gleichzeitig können durch die Zukunftsorientierung die abweichenden „realistischen“ Erfahrungen mit Demokratien wirkungsvoll vertagt werden.

In den modernen Massengesellschaften des 20. Jahrhunderts ist die partizipative Komponente jedoch zu einem Ballast des Demokratiebegriffs geworden, der seinem weiteren Erfolg im Wege steht. Diesen Eindruck muss man gewinnen, wenn man die Verwendung des Begriffs in der aktuellen politikwissenschaftlichen Diskussion beobachtet. Lässt man nämlich die wichtigsten Ansätze der gegenwärtigen politischen Theorien Revue passieren, stößt man bei allen Differenzen auf einen gemeinsamen terminologischen Umbau, mit dem der Weg zu einer vierten Transformation in der Demokratietheorie beschritten worden ist. Die meisten gegenwärtigen Theorien verwenden einen Demokratiebegriff, der zwischen politischer Partizipation und „rationalen“ Entscheidungen tiefe Gräben wahrnimmt und sich dann im Zweifel gegen die politische Beteiligung ausspricht.

Diese Transformation möchten wir als „Rationalisierung“ der Demokratietheo-

⁴ Dieser Übergang wird nachgezeichnet in Manin (1997).

rie bezeichnen. Damit ist gemeint, dass sich der Fokus moderner Demokratietheorien auf die Bewertung der Qualität von Politikergebnissen verschoben hat. Die Demokratietheorie ist heute output-orientiert und zielt in ihren theoretischen Bemühungen vor allem darauf, den Rationalitätsgrad dieses Outputs zu erhöhen. Größere Differenzen ergeben sich innerhalb dieses Paradigmas erst dort, wo es um den Inhalt der Rationalitätskriterien geht: um Effektivität, Implementierbarkeit, Interessenrepräsentation, Gerechtigkeit oder Gemeinwohl. Ungeachtet dieser Differenzen wird politische Beteiligung nicht mehr als Ziel, sondern als eines mehrerer möglicher Mittel für die Erhöhung des Rationalitätsgrades kollektiv verbindlicher Entscheidungen betrachtet.

Die Kritik an der mangelnden Effektivität und Irrationalität der Demokratie ist bekanntlich nicht neu, sondern begleitet die Demokratietheorie seit ihren frühen Tagen in der Antike. Sie führte Mitte des 20. Jahrhunderts in Anschluss an Schumpeters „realistische Theorie der Demokratie“ zur Formulierung einer Elitentheorie der Demokratie, bei der die partizipative Komponente auf den periodischen Austausch von politischen Funktionseleiten beschränkt wurde.⁵ Bei der heutigen „Rationalisierung“ handelt es sich indes nicht um eine bloße Weiterführung dieser Linie, sondern um eine Renovierung im paradigmatischen Kern des Demokratieverständnisses. Die liberale Elitentheorie verstand sich als ein Ansatz, der die Demokratie um der Rationalität der Politik willen eingrenzen wollte;⁶ die heutige Demokratietheorie erklärt demgegenüber die Rationalität der Politik zum eigentlichen und tieferen Sinn des Demokratiebegriffs selbst.

Auch wenn es zwischen ihren heutigen Vertretern wie Jürgen Habermas, John Rawls, David Held, Fritz W. Scharpf, Roberto Bobbio, Anne Phillips, Robert A. Dahl, Adam Przeworski, Cass Sunstein, Claus Offe, Arthur Benz, Rainer Schmalz-Bruns oder Robert E. Goodin natürlich erhebliche Schattierungen im Detail gibt – es lässt sich aus den Arbeiten dieser Autoren⁷ ein gemeinsames Anliegen herauslesen, das die viel beschworenen Differenzen zwischen deliberativen, liberalen, feministischen und zum Teil auch republikanischen Demokratietheorien in sich aufnimmt: Sie alle setzten in ihren Überlegungen auf eine Veredelung der Gütequalität demokratischer Politikergebnisse. Sie rechtfertigen Demokratie als ein politisches System, das gute im Sinne von „rationalen“ Politikergebnisse erzeugt oder wenigsten erzeugen soll. Die wichtigsten aktuellen Stichworte der theoretischen Debatte sind: demokratische Problemlösung, good governance, Gerechtigkeit, politische Produktivität, deliberative Politikarenen, Komitologie, demokratische Expertise oder Gemeinwohl.

Die Rationalitätsfrage beschäftigt die Demokratietheorie in verschiedenen Fa-

5 Vgl. zu diesen Debatten die Darstellung in Held (1987, S. 154 ff.).

6 Vgl. Sartori (1962) und die klassischen Kritiken von Bachrach (1967) und Macpherson (1977).

7 Vgl. Bobbio (1989), Habermas (1992), Sunstein (1993), Phillips (1994), Held (1995), Offe (1997), Scharpf (1998), Dahl (1998), Schmalz-Bruns (1999), Benz (1999), Przeworski (2000), Schmidt (2000), Goodin (2003) und Rawls (2003).

cetten. Sei es, dass es um die Rationalität politischer Präferenzen auf der Input-Seite des politischen Prozesses (z.B. Sunstein 1993; Goodin 2003) geht, um die Rationalität politischer Prozesse im demokratischen Institutionensystem (z.B. Habermas 1992; Rawls 2003) oder um die Rationalität an der Outputseite (z.B. Bobbio 1989; Scharpf 1999; Przeworski 2000). Die Produktion rationaler Politikergebnisse hat Vorrang vor allen anderen Aspekten der Demokratie. Die partizipative Komponente des Demokratiebegriffs wird dabei zu einer abhängigen Variable und muss gegebenenfalls zurückstehen. *Die logische Konsequenz dieser Sichtweise besteht in der vollständigen Unterordnung der demokratischen Beteiligung unter die Rationalitätszumutungen moderner Politik.*

III. Produktionsfaktoren des Demokratietheoretisierens

Was sind die Gründe für die neuerliche semantische Transformation des Demokratiebegriffs im Zeichen der „Rationalisierung“? Der enge Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Demokratietheorien ist aus der politischen Ideengeschichtsschreibung hinlänglich bekannt. Normative Demokratietheorien sind ein in dieser Hinsicht ganz besonders interessanter Stoff, denn sie stellen sich freiwillig unter einen erhöhten Rechtfertigungszwang. Sie berufen sich nicht einfach auf die normative Kraft des Faktischen, sondern wollen stattdessen gute Gründe für die Angemessenheit oder für die Kritikwürdigkeit bestehender Institutionen und vorherrschender Praktiken liefern.

Doch das, was als guter Grund zählt, unterliegt einer Veränderung. Heute geht der Rechtfertigungsdruck auf die normative Demokratietheorie in zunehmendem Maße von den Befunden der empirischen Demokratietheorie aus. Es handelt sich um einen innerakademischen Druck. Insbesondere die Vertreter „kritischer Demokratietheorien“ sahen sich mit der Forderung konfrontiert, die normativen Ideen endlich stärker an die Realitäten moderner, pluralistischer Massengesellschaften anzugleichen. Unsere These lautet, dass dieser Druck die geschilderte „Rationalisierung“ der Demokratietheorie nachhaltig forciert hat und auch weiterhin forcieren wird. Die Ursachen dafür sind in zwei Faktorenbündeln zu finden, den externen und internen „Produktionsfaktoren“ bei der Formierung von Demokratietheorien, auf die wir im Folgenden näher eingehen möchten.

1. Externe Produktionsfaktoren

In der gegenwärtigen wissenschaftlichen Debatte über Demokratie machen sich drei gesellschaftliche Trends bemerkbar, die als externe Produktionsfaktoren die theoretische Arbeit prägen: die zunehmende gesellschaftliche „Komplexität“, die soziokulturelle „Pluralisierung“ sowie die wachsende Bedeutung der „postnatio-

nenal Konstellation“. Allen drei Faktoren ist gemeinsam, dass mit ihrer Anerkennung spezifische demokratietheoretische Ernüchterungen einhergehen.

– *Die Komplexitätszunahme.* Die klassische liberale Demokratietheorie ging davon aus, dass die Bürger in Abstimmungen und Wahlen die Politik programmieren und sie dann über Programme und Beschlüsse staatlich umgesetzt werden. Mit dieser Auffassung korrespondierte die Vorstellung einer Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft sowie der Steuerbarkeit gesellschaftlicher Vorgänge – ein Konzept, das in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts gleichermaßen empirisch wie theoretisch fragwürdig wurde. Die Implementationsschwierigkeiten regulativer Politik sind heute offensichtlich geworden, ein Resultat, das auf tatsächliche Wandlungsprozesse zurückgeht – auf die gesteigerte gesellschaftliche Komplexität – wie auch auf eine sensibilisierte Sozialwissenschaft, die diesen Wandel konstatierte. Flankiert wurden die empirischen Befunde von theoretischen Annahmen vornehmlich systemtheoretischer Provenienz über die grundsätzlichen Grenzen politischer Steuerung.

In gewisser Weise hat auch die Regierungspraxis auf das Steuerungsversagen des Staates reagiert. Zumindest lässt sich in den vergangenen Jahren ein Trend zum „verhandelnden Staat“ oder zum „Supervisionsstaat“ (Wilke) beobachten, der zunehmend auf Formen dirigistischer Steuerung verzichtet. An deren Stelle treten vermeintlich „weichere“ Prozesse bei der Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Zwar werden diese neuen „governance“-Formen in der Regel – vor allem bei der Rechtsdurchsetzung – von den klassischen hierarchischen Steuerungsformen („government“) flankiert, doch ändert dies wenig am Bedeutungsverlust der Legislative. Dass dies zu grundlegenden normativen Problemen führt, die sich als Frage nach der Legitimität der getroffenen Entscheidungen stellt, liegt auf der Hand und wird intensiv diskutiert. Die Standardantwort auf dieses Legitimationsdefizit besteht in der Unterscheidung zwischen Input- und Output-Legitimation und der Behauptung, die Qualität der Entscheidungen habe sich verbessert – wenn auch zu Lasten der Partizipation.

Der demokratietheoretische Diskurs der vergangenen Jahre konnte sich dieser „Komplexitätsthese“ nicht entziehen. Und dies ist auch zu begrüßen, denn welche Einwände lassen sich schon gegen einen stärkeren Realitätsbezug erheben? Gleichwohl, die beschriebene Entwicklung hat zu einer äußerst bescheidenen Einschätzung demokratischer Einflussmöglichkeiten geführt – eine Tendenz, die in besonderer Weise im neueren Werk von Jürgen Habermas greifbar wird. Von den radikaldemokratischen Vorstellungen, auf die die ersten Formulierungen seiner Diskursethik in den siebziger Jahren zielten, hat er sich inzwischen verabschiedet. In „Faktizität und Geltung“ (1992) kommt es zunächst zwar zu einer demokratietheoretisch inspirierten Kritik an der Systemtheorie, doch dem Sog der Komplexitätsthese kann auch Habermas sich nicht entziehen. Entsprechend vertraut sein Modell „deliberativer Politik“ vornehmlich den verfahrensrechtlichen Mechanis-

men, nämlich dem „Schleusenmodell“, das für vernünftige Politikergebnisse Sorge tragen sollen. Ebenso folgt er der „realistischen“ Einsicht, dass in der Regel ein informeller Machtkreislauf die Politik dominiert, den der Demos nur in Ausnahmefällen durchbrechen kann und zu durchbrechen braucht. Die Akzeptanz der „Komplexitätsthese“ hat mithin zu einer Einhegung demokratischen Handelns geführt und den demokratiethoretischen Diskurs in institutionalistische Bahnen gedrängt. Mit anderen Worten: Die Diskussion über die tatsächlichen oder vermeintlichen Auswirkungen des Komplexitätszuwachses hat auch im Werk von Habermas zur Ausdünnung des Demokratiebegriffs beigetragen.⁸

– *Die Pluralisierung.* Der demokratische Prozess ist jedoch nicht nur hinsichtlich der Effektivität des Outputs in Frage gestellt worden. Auch auf der Input-Seite sind grundlegende Annahmen der Demokratietheorie infolge des gesellschaftlichen Wandels nicht länger selbstverständlich. Dies betrifft vor allem die Existenz eines „Gemeinsinns“ und eines lebendigen politischen Interesses. Beides wird gegenwärtig unter dem Schlagwort der „Politikverdrossenheit“ diskutiert und hat die demokratiethoretische Diskussion der vergangenen Jahre nachhaltig geprägt. Paradigmatisch kommt dies in der Debatte um das Ethos der Demokratie zum Ausdruck. Dahinter steht die klassische republikanische Einsicht, dass der Prozess der kollektiven Selbstbestimmung auf spezifischen sittlichen Ressourcen beruht, die zumeist als Tugenden formuliert worden sind. Zwar hat sich die liberale Theorie stets von der expliziten Einforderung eines „Gemeinsinns“ distanziert, doch auch sie musste mehr oder weniger explizit anerkennen, dass die bloße Existenz eines „Volkes von Teufeln“ (Kant) für die demokratische Praxis nicht ausreicht.

Die normative Demokratietheorie hat auf die Diagnose des erodierenden Gemeinnsinns vornehmlich mit einer Stärkung eines „Rechts auf Besonderheit“ zu Lasten der Praxis kollektiver Selbstbestimmung reagiert. Mithin ist es auch hier zu einer Begrenzung des partizipativen Moments gekommen; eine Entwicklung, die in besonderer Weise in John Rawls' Schrift „Political Liberalism“ deutlich wird. Bereits in „A Theory of Justice“ (1971) spielte der Prozess der demokratischen Willensbildung eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund steht die Rechtfertigung und Ausbuchstabierung von zwei Gerechtigkeitsprinzipen, die der demokratischen Auseinandersetzung entzogen sind. Dies ist nun insofern problematisch, als sie nicht nur rechtliche Rahmenbedingungen des demokratischen Diskurses, sondern auch inhaltliche Regelungen, beispielsweise hinsichtlich verteilungspolitischer Fragen, enthalten. In „Political Liberalism“ (1993) ist es dann zu einer weiteren Beschneidung partizipativer Momente gekommen. Ursächlich hierfür ist Rawls' These von der Unhintergebarkeit des „Faktums des Pluralismus“, also die Koexistenz weltanschaulich divergierender Gruppen in einer modernen Gesellschaft. Vor diesem schwer bestreitbaren Hintergrund plädiert Rawls für eine weitere Stärkung liberaler Abwehrrechte auf Kosten der Volkssouveränität. Hinzu tritt die

8 Vgl. Jörke (2003, S. 222-238).

Forderung, dass sich politische Entscheidungen nur auf Gründe stützen dürfen, die innerhalb der Grenzen der öffentlichen Vernunft liegen, d.h. sie müssen sich auf jene substantiellen Gerechtigkeitskriterien und Richtlinien der öffentlichen Argumentation stützen, die in der „original position“ hinter dem Schleier des Nichtwissens beschlossen worden sind.⁹ Beides zusammen soll davor schützen, dass partikulare Konzeptionen des guten Lebens den öffentlichen Diskurs und damit auch kollektiv verbindliche Entscheidungen dominieren. Diese Vorgehensweise, hinter der unschwer die alte liberale Angst vor der „Tyrannei der Mehrheit“ zu erkennen ist, führt im Ergebnis zu dem, was wir als „Rationalisierung“ bezeichnet haben. Gute Politik zeichnet sich nicht dadurch aus, dass sie – wie mittelbar auch immer – demokratisch zustande gekommen ist, sondern das zentrale Legitimitätskriterium ist die Übereinstimmung der Politikergebnisse mit den philosophisch deduzierten Gerechtigkeitsprinzipien. Hierzu können demokratische Entscheidungsprozesse beitragen, entscheidend ist aber, dass sich deren Ergebnisse in das Korsett der liberalen Gerechtigkeitsprinzipien einzwängen lassen müssen.

Rawls' Strategie einer Einhegung des demokratischen Handelns stehen zwar verschiedene Aktualisierungen republikanischer Demokratiekonzeptionen gegenüber.¹⁰ Doch können diese der Schwierigkeit nicht entgehen, dass sie auf sittliche Voraussetzungen rekurrieren müssen, die in modernen Gesellschaften kaum noch vorhanden sind. Entsprechend sehen sich Demokratietheorien, die die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken wollen, durch die erwähnten soziokulturellen Erosionsprozesse massiv in die Defensive gedrängt.

– *Die Globalisierung.* Sowohl die Komplexitätsthese als auch die Annahme einer Untergrabung des demokratischen Ethos durch soziokulturelle Pluralisierung finden wir auch im dritten externen Produktionsfaktor wieder: in der Entwicklung zur „postnationalen Konstellation“. Inwieweit sich der liberale Nationalstaat infolge der zunehmenden internationalen Interdependenz tatsächlich sukzessive auflösen wird, ist freilich umstritten; und entsprechend unterschiedlich sind auch die Realitätsdeutungen, die der jeweiligen Diagnose zugrunde gelegt werden. Doch als gesichert gilt, dass durch die Verschiebung von Entscheidungskompetenzen auf supranationale Instanzen und durch den Bedeutungszuwachs international agierender Kapitalgesellschaften die Handlungsfähigkeit demokratisch gewählter Regierungen reduziert worden ist. Dies hat Konsequenzen für die Vorstellungen von Teilhabe und von Legitimität, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert im Modell der liberalen und repräsentativen Demokratie theoretisch entwickelt und dann auch mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt worden sind. Wenn immer weniger Entscheidungen in der Reichweite nationaler Regierungen liegen, verliert der Demos zunehmend seine Einflussmöglichkeiten.

⁹ Rawls (1993, insb. S. 212-249); vgl. Forst (1994, S. 152-161).

¹⁰ Vgl. exemplarisch Barber (1994), Sandel (1996).

In den vergangenen Jahren sind nun viele Überlegungen angestellt worden, ob und wie aus demokratiethoretischer Perspektive auf diese „postnationale Konstellation“ reagiert werden kann. Weitgehend einig ist man sich darin, dass die demokratische Praxis durch die „Globalisierung“ vor neuen Herausforderungen steht, auch wenn die Lösungsstrategien höchst unterschiedlich ausfallen: Sie reichen von resignativen Abgesängen auf die Demokratie (Guéhenno 1996) bis hin zum Entwurf eines „kosmopolitischen Republikanismus“ (Bohman 2001) oder eines „deliberativen Supranationalismus“ (Schmalz-Bruns 1999). Doch auch bei den optimistischen Modellen wird das Moment der unmittelbaren Beteiligung nur sehr zurückhaltend behandelt. Auch hier orientiert man sich primär an der Rationalität des Outputs und weniger an der Frage, ob dieser Output noch demokratisch zustande kommt.

Die Rahmenbedingungen demokratischer Selbstregierung scheinen sich am Ende des 20. Jahrhunderts also gravierend verschlechtert zu haben: Zunehmende Komplexität, soziokulturelle Pluralisierung und die wachsende internationale Interdependenz stellen eine massive Herausforderung für die demokratische Praxis wie auch für die theoretische Reflexion dieser Praxis dar. Doch bevor wir die bislang nur angedeuteten theoretischen Reaktionen auf die veränderte Lage diskutieren, wollen wir unser Augenmerk noch auf die interne akademische Situation richten, in der das Demokratiethoretisieren stattfindet. Denn erst das Zusammenwirken der internen mit den soeben umrissenen externen Produktionsfaktoren hat zu den spezifischen Verengungen der gegenwärtigen normativen Demokratietheorien geführt.

2. Interne Produktionsfaktoren

Demokratiethorien sind Produkte, die – wie andere Produkte auch – unter je konkreten Bedingungen „hergestellt“ werden. Wie das demokratische Handeln, so ist auch das Demokratiethoretisieren eine kollektive Praxis. Sie ist es selbst dann, wenn das Nachdenken über Demokratie im Kopf eines so zurückgezogen lebenden Autors wie Spinoza stattfindet, einem der Väter der neuzeitlichen Demokratietheorie. Denn jedes Reflektieren über politische Herrschaftsformen nimmt Bezug auf Angehörige der politischen Gemeinschaft als Auslöser oder als Adressat der eigenen politischen Gedanken.

Als soziale Träger des Demokratiethoretisierens lassen sich grob drei Arten von Akteuren unterscheiden. Auch wenn die Differenzierung nicht vollständig ist und bestenfalls einen heuristischen Charakter besitzt, ist sie doch hilfreich, um auf eine markante Verschiebung in der sozialen Trägerschaft modernen Demokratietheoretisierens im Zeichen der „Rationalisierung“ aufmerksam machen zu können.

- Eine erste Trägergruppe des Demokratietheoretisierens besteht aus politisch aktiven Personen, deren Forderungen, Argumente oder Ideologien im Zuge konkreter politischer Auseinandersetzungen in irgendeiner Weise für demokratietheoretisch relevant erklärt werden (man denke an die Levellers in der englischen Revolution oder an die Aktivisten der ungarischen Revolution von 1956).
- Die Relevanzklärung erfolgt in der Regel durch Angehörige einer zweiten Gruppe, nämlich politisch engagierte Intellektuelle (man denke an Eduard Bernstein und sein Buch über die Rolle der Levellers oder die Interpretationen der ungarischen Ereignisse von Hannah Arendt oder Georg Lukács). Diese Intellektuellen sehen in politischen Forderungen eine Art Rohmaterial, das von ihnen durch Systematisierung, Pointierung, Weiterentwicklung und Kritik gleichsam veredelt wird.
- Eine dritte Gruppe von Praktikern des Demokratietheoretisierens besteht ebenfalls aus Intellektuellen, aber solchen, die ihre politischen Ambitionen zugunsten einer akademisch professionellen Beschäftigung mit dem Thema aufgegeben oder zumindest an die zweite Stelle haben rücken lassen.

Die Typologie soll keine scharfen Abgrenzungen suggerieren; man hat sofort eine Reihe von Grenzgängern vor Augen. Die Typologie hat jedoch heuristischen Wert, denn sie leitet zu der Feststellung über, dass sich im Unterschied zu früheren Epochen die dominierende Trägergruppe des Demokratietheoretisierens heute auf professionelle Akademiker verlagert hat. Zwar haben viele Bürger weiterhin ihre Vorstellungen über (oder gegen) die Demokratie im Kopf – diese Vorstellungen werden regelmäßig in Umfragen von politikwissenschaftlichen Experten erfasst und publiziert. Doch die anerkannte Reflexion darüber, was Demokratie ist und was sie nicht ist, findet heute hauptsächlich im akademischen Feld statt. Diese Akademisierung hat zwei Konsequenzen: Erstens eine wachsende Entfremdung vieler Bürger von dem in Expertenkulturen abgewanderten Diskurs über Demokratie (a) sowie zweitens einen immensen Differenzierungs- und Raffinierungsschub der Demokratietheorien (b).

Ad (a). Heutzutage führt kein gerader Weg mehr von der wissenschaftlichen Fachterminologie und argumentativen Komplexität zum demokratischen Grundimpuls zurück – zur egalitären Partizipation der Bürger. Demokratische Egalität wird in normativen Demokratietheorien auf einem Abstraktionsniveau ausbuchstabiert, dessen Nachvollziehbarkeit massiv gegen das demokratische Egalitätsgebot verstößt. Denn der Test für eine gute normative Demokratietheorie besteht heute darin, ob sie in der scientific community standhält, und nicht, inwieweit sie von den Bürgern gleichermaßen verstanden und akzeptiert wird. Für andere Bereiche der Wissenschaft und auch für andere Termini in den Sozial- und Geisteswissenschaften mag eine solche Spezialisierung und Professionalisierung der Fachsprache sach-

dienlich sein. Anders steht es mit dem Begriff der „Demokratie“. Dieser bleibt in der Wissenschaftssprache solange für eine analytische Umdeutung ungeeignet, wie seine Verwendung im alltäglichen Sprachgebrauch das Versprechen auf politische Partizipation aktualisiert. Politiker, Bürger und Verfechter unseres politischen Systems machen vom Begriff der „Demokratie“ lebhaften Gebrauch in der Absicht, unser politisches System und ihre eigenen Aktivitäten mit dem Rekurs auf die Bürger als eigentlichen Souverän zu legitimieren. Die bloße Verwendung des Begriffs kommt einem Versprechen gleich, dem Versprechen auf politische Willensbildung „von unten“ und damit auf ein Mindestmaß an politischer Beteiligung. Dieses Versprechen fungiert bis heute als Motor für die inflationäre Verwendung des Demokratiebegriffs.

So darf es niemanden überraschen, wenn die Rede von „Demokratie“ im Zusammenhang mit westlichen politischen Systemen, an der gerade der „realistische“ liberale Zweig der Demokratietheorie festhält, auch heute noch Erwartungen weckt, die sich auf die partizipative Komponente des Demokratieideals beziehen. In der Realität führen diese Erwartungen indes zwangsläufig zu Frustrationen und „Politikverdrossenheit“. Gut beobachten lässt sich diese Enttäuschung in der politischen Bildungspraxis mit jungen Menschen sowie am rasanten Kursverfall des Wortes „Demokratie“ in nahezu sämtlichen Transformationsgesellschaften. „Demokratie“ wird in Lateinamerika und in den Ländern des ehemaligen Ostblocks vielfach nur noch als sarkastisches Wort verwendet, das sich gegen jene richtet, die die Versprechen der Demokratie gebrochen haben. Zwar ist es üblich, an dieser Stelle nach mehr „Realismus“, „Aufklärung“ und besserer „politischer Bildung“ zu rufen, doch bis heute ist es noch nicht einmal der ältesten bestehenden Demokratie der Welt gelungen, den Demokratiebegriff von seinen partizipativen Versprechungen zu reinigen. Offensichtlich ist die vierte semantische Transformation des Demokratiebegriffs in der politischen Kultur westlicher politischer Systeme noch nicht abgeschlossen, und es ist angesichts der plakativen Bezugnahme auf „demos“ und „kratein“ auch höchst unwahrscheinlich, dass sie sich in der politischen Alltagssprache jemals vollständig durchsetzen kann.

Nun mag man an dieser Stelle einen gewissen Widerspruch zu der oben behaupteten Akademisierung der demokratietheoretischen Diskussion sehen. Denn es stellt sich die Frage, ob der akademische Spezialdiskurs überhaupt gesellschaftliche Relevanz besitzt, wenn er doch nur in Fachzeitschriften stattfindet, die kaum ein breiteres Publikum erreichen. Soll ernstlich behauptet werden, normative Demokratietheoretiker seien für eine wachsende Demokratieenttäuschung mitverantwortlich? Man kann sich doch kaum etwas Unschuldigeres vorstellen als die leicht weltabgewandte Arbeit an skrupulös-genauen Begrifflichkeiten. Indes, eine solche Sicht stellt nicht genügend in Rechnung, wie sehr die Produkte der normativen Demokratietheorie über den Umweg der empirischen Demokratiemessung heute Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden haben. Doch bevor wir diese These im nächsten Abschnitt näher erläutern, soll noch ein Blick auf den zweiten Aspekt

der gegenwärtigen Produktionsfaktoren des Demokratietheoretisierens geworfen werden.

Ad (b). Die Produktion von normativen Demokratietheorien erfolgt heute unter ähnlichen Bedingungen wie in einem modernen Industriezweig. Von der Patentanmeldung (wer ist der Erfinder des Begriffes „deliberative Demokratie“?) bis zum Recycling (wer hat John Stuart Mill für die moderne Demokratietheorie wieder entdeckt?) gelten vergleichbare Regeln. Dabei kommen zwei (eigentlich gegensätzliche) Merkmale des akademischen Feldes zur Geltung:

Da ist zunächst die Simulation des Marktmechanismus, der im Wissenschaftssystem als Kampf um die besten Argumente zum Tragen kommt; dazu gehört auch der Blick auf die Produkte der Konkurrenz und die permanente Suche nach theoretischer Innovation. Politische Theoretiker, die sich auf die Normativität von Demokratietheorien nicht nur in Form einer kühlen Beobachtung der unterschiedlichen Positionen einlassen, treten in einen agonalen Wettbewerb um die beste Begründung und institutionelle Auslegung von Demokratie ein. In diesem demokratietheoretischen „survival of the fittest“ überleben nur solche Argumente, die in der Lage sind, die jeweiligen Gegenargumente entweder zu kontern, geschickt abzuschwächen oder ohne Gesichtverlust souverän zu ignorieren. Der permanente Innovationsdruck führt dazu, dass immer neue Thesen, Begriffe, Begründungen und ideengeschichtliche Rückversicherungen in die wissenschaftliche Debatte eingespeist werden, die sich dann zu gewissen Themenzyklen verselbstständigen – man denke nur an die Karriere von Konzepten wie „Zivilgesellschaft“ oder der Begriffe „Tugend“, „Gemeinwohl“ und „Vertrauen“ in der jüngeren Diskussion.

In einer gewissen Spannung zu dieser kompetitiven Verfassung des akademischen Feldes steht die vom Wissenschaftsideal abweichende faktisch oligopolistische Struktur der modernen Sozial- und Geisteswissenschaften, die dafür sorgt, dass verschiedene Argumentations- und Begründungszusammenhänge als paradigmatische Kerne längerfristig gegenüber grundsätzlichen Einwänden abgeschirmt bleiben. Diese Struktur hat ohne Zweifel Vorteile, denn in den verschiedenen Ansätzen werden Einsichten und Überlegungen konserviert, die in einem allein auf Innovation getrimmten Diskussionsklima leicht verloren gehen.

Nun sollte man aufgrund dieser beiden Strukturmerkmale des akademischen Feldes vermuten, dass es in den letzten Jahrzehnten zu einer großen Ausdifferenzierung der demokratietheoretischen Angebotspalette gekommen sei: Jede auch nur halbwegs denkbare demokratietheoretische Position müsse ihre Anhänger und Kritiker gefunden haben. Stattdessen hat sich die „Rationalisierung“ der Demokratietheorie als dominantes Paradigma, und damit eine spezifische Verengung der normativen Demokratietheorie durchgesetzt. Doch warum kommen diejenigen, die sich dem wissenschaftlichen Wettbewerb um das beste Argument aussetzen, nicht umhin, sich der „Rationalität“ als dem innerakademisch über Erfolg und Misserfolg entscheidenden Kriterium zu unterwerfen? Und warum führen jene,

die sich dem Druck des akademischen Feldes entziehen, ein Nischendasein und werden in der internationalen Diskussion nur von wenigen Spezialisten wahrgenommen?

3. Demokratietheorie unter Rationalisierungsdruck

Die skizzierten internen akademischen Produktionsfaktoren führen dazu, dass alle normativen Ansätze, die gegenwärtig wissenschaftliche Relevanz reklamieren können, sich an den Befunden der empirischen Demokratietheorie orientieren. In der verwissenschaftlichten normativen Demokratiedebatte wird kein Gedanke mehr ernst genommen, wenn er nicht seine empirische Anschlussfähigkeit und damit seine Realitätsnähe unter Beweis stellt. Assiiert wird der empirischen Demokratieforschung von der Systemtheorie und von Rational-Choice-Theorien, die auf je unterschiedliche Art theoretisch ableiten, dass und warum politische Partizipation in der modernen Massendemokratie für die Beteiligten ohne positive Effekte bleibt, ja letztlich sogar ohne Sinn ist. Empirische und formale Demokratietheorien speisen somit auf verschiedene Weise diejenigen gesellschaftlichen Entwicklungen in die normative Diskussion ein, die wir oben als externe Produktionsfaktoren beschrieben haben. Und genau dieses Wechselspiel von internen und externen Produktionsfaktoren hat jenen „Realitätsdruck“ bewirkt, auf den die normative Demokratietheorie zunehmend mit der Strategie der „Rationalisierung“ zu antworten versucht.

Diesem Befund stehen das Recycling und die Neuproduktion stärker partizipativ ausgerichteter Konzeptionen nur scheinbar entgegen. Entweder lassen sich die Vertreter dieser anspruchsvolleren Theorien ebenso auf die „Rationalisierungsstrategie“ ein, und der Bezug auf die Klassiker beispielsweise der republikanischen Tradition bleibt lediglich eine leere ideengeschichtliche Reminiszenz. Oder sie begeben sich auf die verzweifelte Suche nach kleinen Beteiligungsoasen, die, sofern man sie denn gefunden hat, oftmals zu Kernbestandteilen der politischen Kultur moderner Massendemokratien hypostasiert werden. Entsprechende Theorien finden durchaus Eingang in den Lehrplan politikwissenschaftlicher Seminare, bleiben aber wegen ihrer mangelnden empirischen Anschlussfähigkeit bloßes Spielmaterial.

Der hiermit umrissene realistische Zug der demokratietheoretischen Debatte wird wegen seiner streng wissenschaftlichen Aspekte viel gelobt – er schützt vor Utopismus und Illusionen, die zu politischen Abenteuern verleiten. Der Verlust, der aus dieser Perspektive allenfalls zu beklagen wäre, ist der „mangelnde Mut zur demokratischen Utopie“ – ein Verlust also, der aus Sicht einer realistischen Wissenschaft letztlich sogar als Gewinn verbucht werden muss, weil auf diese Weise „schlechte“ Normativitäten beiseite geräumt werden. Doch der Anschluss der normativen an die empirische und formale Demokratietheorie hat zu einer

Art negativen Dialektik geführt, deren vorläufiges Resultat sich als eine „Demokratiethorie ohne Demokratie“ charakterisieren lässt.

Fasst man die Ergebnisse der empirischen Demokratieforschung der letzten Dekade zusammen, so können westliche Demokratien im Vergleich mit diktatorischen Regimen auf ein imponierendes Leistungsprofil verweisen: Sie sind – je nach ihrem spezifischen institutionellen Mix und den sozioökonomischen Randbedingungen – politisch stabil, wirtschaftlich erfolgreich, sozial ausgeglichener und tragen in vielfacher Hinsicht (Ernährung, Lebenserwartung) zur Verbesserung der Lebensqualität bei. All das ist ihr „output“. Bei all diesen Positivdaten ist lediglich der eine Parameter aus dem Blick geraten, der zu Beginn der Begriffskarriere von „Demokratie“ bei der Namensgebung politischer Systeme Pate stand: die reale Einflussnahme der Bürger durch politische Beteiligung. Sichtet man die empirische Literatur zur politischen Partizipation aus der letzten Dekade unter dem Blickwinkel ihrer jeweiligen „Standorte“, so ergibt sich ein gemeinsamer Trend:

- In den Kommunen ist der alte Enthusiasmus, der in der Selbstverwaltung eine Art „Schule der Demokratie“ sah, verflogen. Er ist der Frage gewichen, ob auf kommunaler Basis überhaupt noch in irgendeiner sinnvollen Weise von demokratischer Praxis gesprochen werden kann (vgl. Roth 1997).
- Auf nationalstaatlicher Ebene herrscht große Skepsis bezüglich der inneren und äußeren Souveränität demokratischer Herrschaftsausübung. Das Demokratiepotential moderner Staaten wird sehr zurückhaltend beurteilt (vgl. Kohler-Koch 1998; Streeck 1998).
- Mit Blick auf die europäische Dimension erleben wir seit mehr als einem Jahrzehnt eine Debatte, in der die Fachwissenschaft ein massives Demokratiedefizit konstatiert und hinsichtlich praktischer Reformschritte trotz der gegenwärtigen Bemühungen um eine Europäische Verfassung ebenso sehr auf der Stelle tritt wie die praktische Politik (vgl. Jachtenfuchs 2002; Abromeit 2002).
- Und schließlich hat bezüglich der globalen Dimension große Ernüchterung eingesetzt, was den unmittelbar nach 1989 prognostizierten weltweiten Siegeszug der demokratischen Staatsform betrifft. Die empirischen Befunde über die soziokulturellen und ökonomischen Voraussetzungen von Demokratie stimmen äußerst skeptisch; in vielen Staaten trifft man auf hybride politische Gebilde mit kräftigen Beimischungen autoritärer und illiberaler Momente (vgl. Zakaria 1997; Bendel/Croissant/Rüb 2002 und Diamond 2002). Auch die Strategie der neuen US-amerikanischen Außenpolitik im Zeichen des „demokratischen Imperialismus“ lässt kaum Optimismus über die weitere Ausbreitung von Demokratie aufkommen.

Fragen wir noch einmal: Wie reagiert die normative Demokratietheorie auf diese skeptischen Befunde? Offensichtlich bleibt ihr wenig Spielraum: Sie kann entweder – sozusagen im „realistischen Fall“ – ihre Normen an das erreichbare demokratische Minimum anpassen; oder sie insistiert auf gehaltvollen, aber unrealistischen Nor-

men und darf sich dann nicht wundern, wenn sie als utopisch abgestempelt und an den Rand der seriösen Politikwissenschaft gedrängt wird. Die normative Demokratietheorie befindet sich somit in einer Defensive, aus der sie nur in dem Maße herausgelangt, wie sie real existierenden westlichen Verfassungsstaaten das Etikett „Demokratie“ zubilligt und sich zur skizzierten vierten Transformation der Demokratietheorie bekennt, zur Rationalisierung. Demokratie wird in dieser Perspektive zu einer Herrschaftsform, die ein gewisses Maß an Rechtssicherheit, an Kultur- und Bildungsgütern, an Wohlfahrt und anderen kollektiven Gütern (neuerdings vor allem Sicherheit vor Terrorismus) produziert, aber der aktiven politischen Beteiligung ihrer Bürger verlustig gegangen ist.

Mit diesem Resultat liefert die normative Demokratietheorie nun wiederum die Rechtfertigung für eine empirische Demokratieforschung, in der Rechtsstaatlichkeit, Wohlfahrtsproduktion und Stabilität die wichtigsten Parameter darstellen, wichtiger als die Beteiligung der Bürger: Partizipation kommt dabei bestenfalls noch als abhängige Variable zum Zuge. Die Indizes der empirischen Demokratiemessung (von Robert Dahl über Keith Jagers/Robert Gurr, den Freedom House Index, Tatu Vanhanen, Kenneth Bollen, Axel Hadenius und selbst bis zu David Beetham¹¹) fragen ganz stur bestimmte Institutionalisierungen ab, z.B. das Vorhandensein individueller Rechte oder die Existenz der Grundbausteine einer gewaltenteiligen parlamentarischen Demokratie. Und so ist es denn wenig verwunderlich, dass einem politischen System wie dem der USA, wo die Wahlbeteiligung als anspruchloseste Form demokratischer Teilnahme kaum bei fünfzig Prozent liegt, von der Wissenschaft regelmäßig absolute Spitzenwerte bei der Demokratiemessung bescheinigt werden.

IV. Demokratie als Versprechen

Fassen wir kurz zusammen: Angesichts einer auf Vermehrung von Wissen und Positionen codierten wissenschaftlichen Demokratiedebatte liegt die Erwartung nahe, dass das heutige demokratietheoretische Spektrum breit ist und dass wir es mit einem reichhaltigen Pluralismus an normativen Grundpositionen zu tun haben. Diese Erwartung trügt. Sie verträgt sich nicht mit der Beobachtung, dass die wissenschaftlichen Produktionsbedingungen einen seichten, aber prägenden Vereinheitlichungsdruck auf die innerakademische Diskussion ausüben, in der sich die „Rationalität“ politischer Systeme und ihrer „policy outcomes“ als entscheidende Bewertungskriterien durchgesetzt haben. Damit steht der gegenwärtige demokratietheoretische Diskurs trotz Übernahme empirischer Befunde in einem merkwürdigen Kontrast zur Realität moderner Gesellschaften. Man gewinnt geradezu den Eindruck, die Produktion demokratietheoretischer Legitimationen des

11 Vgl. als Überblick Schmidt (2000, S. 389-423) und die Beiträge in Lauth/Pickel/Welzel (2000) sowie die Kritik von Abromeit (2003).

Status quo gedeihe umso intensiver und ausgefeilter, je mehr wir uns einem postdemokratischen Zeitalter nähern.

Fragen wir noch einmal: Worin besteht das Problem mit einer „Demokratietheorie ohne Demokratie“ im Namen von Rationalität und Realismus? Warum ist es nicht begrüßenswert, dass „unrealistische“ und „utopische“ Entwürfe sich infolge der Professionalisierung der Politikwissenschaft nicht länger – oder nur um den Preis des Sektierertums – aufrechterhalten lassen? Haben praxisphilosophische Konstrukte nicht in der Vergangenheit genug Unheil angerichtet, zumindest notorisch falsche Erwartungen und Enttäuschungen hervorgerufen? Zwar lässt sich in manch neuerer Arbeit auch ein gewisses Unbehagen an diesem Trend ablesen; aber ist dieses Unbehagen nicht lediglich Ausdruck gewisser Transformations- oder Adaptionsprobleme, die nach einer angemessenen Gewöhnungszeit verschwinden werden? Andererseits: Gibt es vielleicht doch gute Gründe für eine Kritik an der gegenwärtigen Bedeutungsverschiebung von Demokratie – und worin könnte ein solches Unbehagen seinen begrifflichen Halt finden?

Jeder Versuch, einen bestimmten Bedeutungsgehalt von Demokratie festzuschreiben, ist aus methodologischen Gründen wie auch wegen der großen semantischen Flexibilität des Demokratiebegriffs ohne Aussicht auf Erfolg. Aus Sicht eines radikaldemokratischen Ansatzes ist es zwar leicht, der Rationalisierung der Demokratietheorie vorzuhalten, dass sie das an Partizipation orientierte „kritische“ oder gar „utopische“ Potential des Demokratiebegriffs zerstöre. Doch damit ist das Problem in keiner Weise gelöst. Denn wie will die radikaldemokratische Kritik am gegenwärtigen Mainstream der Demokratietheorie ihren eigenen positiven normativen Bezug auf politische Partizipation plausibel darlegen? Heutige liberale und rationale Demokratietheoretiker wie beispielsweise Habermas und Scharpf halten ihren radikaldemokratischen Kritikern denn auch gern entgegen, dass letztere lediglich dogmatisch an überholten Bedeutungsmustern festhalten. Offenbar muss seit dem Eingeständnis der immer währenden semantischen Umkämpftheit aller politischen Begriffe (das sich in der politischen Ideengeschichtsschreibung in Anschluss an Quentin Skinner zu Recht durchgesetzt hat¹²) jeder Versuch scheitern, dem Wort „Demokratie“ einen dauerhaften normativen Bedeutungskern einzuschreiben. Ein rein kontextualistisches Verständnis der politischen Begriffsgeschichte entzieht jedoch der Kritik an der gegenwärtigen Vertreibung der politischen Beteiligung aus der modernen Demokratietheorie endgültig den Boden. Oder nicht?

Um noch einmal zu insistieren: Lässt sich trotz dieser berechtigten methodologischen Einwände nicht möglicherweise doch behaupten, dass der Demokratie die Partizipation essentiell eingeschrieben ist? An dieser Stelle unserer Überlegungen hilft der eingangs erwähnte Hinweis auf den performativen Charakter von politischen Begriffen und auf die Tatsache, dass sie in ihrer Umstrittenheit auch

12 Vgl. Skinners Zusammenstellung seiner methodologischen Arbeiten in Skinner (2002) sowie Palonen (2003).

immer evaluative Differenzen zum Ausdruck bringen, weiter. Begriffe mögen noch so subtil definiert sein, zu politischen Begriffen werden sie erst in ihrer tatsächlichen Verwendung. Und der Rekurs auf den Demokratiebegriff aktualisiert im alltäglichen Sprachgebrauch immer erneut ein Beteiligungsversprechen, sei es in legitimierender Absicht bei den Angehörigen der politischen Klasse und den Verfechtern des Status quo oder einklagend und fordernd bei ihren Kritikern. Angesichts dieser Verwendungspraxis ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass das partizipative Moment gleichsam durch Verschweigen je vollständig aus dem Bedeutungshorizont des Demokratiebegriffs gelöscht werden kann. Demokratie lässt sich aufgrund seiner tatsächlichen Begriffsverwendung nicht restlos vom Partizipationsgedanken abkoppeln. „Verschweigen“ ist keine realistische Option.

Wie aber kann die moderne Demokratietheorie angesichts der Realität moderner politischer Systeme sonst mit diesem Versprechen umgehen? Derzeit lassen sich zwei Alternativstrategien zum „Verschweigen“ beobachten: die des „Wegwerfens“ und die des „Um-Positionierens“. Beide Strategien könnten unterschiedlicher nicht sein. Die erste besteht darin, moderne politische Systeme legitimatorisch zu entlasten, indem sie einfach nicht mehr als Demokratien, sondern mit anderen Termini aus der Staatsformenlehre bezeichnet werden (1). Die zweite Strategie besteht darin, die moderne Demokratietheorie in einer Weise zu reformulieren, die einen reflexiven Gebrauch von ihrem immanenten Versprechen macht (2).

1. *Postdemokratie*

Die Strategie, bei der Suche nach der adäquaten Bezeichnung für moderne westliche Systeme auf den Demokratiebegriff ganz zu verzichten und stattdessen Begriffe aus dem klassischen Vokabular der Staatsformenlehre heranzuziehen, kann in der Politikwissenschaft vor allem auf die Traditionslinie des „italienischen Realismus“ von Vilfredo Pareto und Gentano Mosca über Norberto Bobbio und Johannes Agnoli bis zu Danilo Zolo zurückblicken. Folgt man etwa Zolos Argumentation,¹³ dann ist die gegenwärtige Demokratietheorie nicht „realistisch“ genug, wenn sie westliche Gesellschaften allein aufgrund ihrer rechtsstaatlichen Verfasstheit und der Gewährleistung gewisser sozialer Standards als „demokratisch“ bezeichnet. Wirklich realistisch wäre sie, wenn sie endlich darauf verzichtete, moderne westliche politische Systeme „Demokratien“ zu nennen. Zolo zufolge ist es wissenschaftlich angemessener, sie als „liberale Oligarchien“ zu bezeichnen. Eine Bezeichnung, die auch Michael Lind aufgrund fundamentaler sozialer und politischer Ungleichheiten in seiner Beschreibung des politischen Systems der USA gewählt hat.¹⁴ Für Lind wie für Zolo ist Demokratie ein Begriff aus der politischen Vergangenheit; heute leben wir in der Epoche der Postdemokratie.

13 Vgl. Zolo (1998).

14 Vgl. Lind (1996).

Der Vorteil der Strategie von Zolo und Lind liegt auf der Hand. Mit dem Verzicht, moderne westliche Systeme als „demokratisch“ zu adeln, verliert die gegenwärtige Demokratietheorie ihren ideologischen Charakter. Der Terminus, so Zolo, verkläre nur die Tatsache, dass auch in den westlichen Systemen die wesentlichen Umstände, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen, nur zu einem äußerst geringen Grade kollektiv bestimmt werden können – eine Tatsache, die im professionellen Diskurs der Politikwissenschaft längst bereitwillig eingeräumt wird. Es werden somit nicht nur falsche Erwartungen, es wird mehr oder weniger unterschwellig auch ein falscher Schein erzeugt. Für die Anhänger der „Wegwerfstrategie“ ist es dann eine empirische Frage, ob und inwieweit westliche politische Systeme eine größere Ähnlichkeit zu Aristokratien oder zu Oligarchien haben.

Empirische Rückendeckung erhält die These der „Postdemokratie“ von neueren Forschungen über den Zusammenhang von ökonomischer Globalisierung und Demokratie. Lange Zeit galt es im Nachklang an Kants Überlegungen aus der Schrift „Zum ewigen Frieden“ in der Politikwissenschaft als ausgemacht, dass globaler Handel langfristig zu einer Verbreitung und Konsolidierung von Demokratie im internationalen Maßstab beitrage. Neuere empirische Analysen gelangen demgegenüber zu ganz anderen Befunden: Insbesondere hohe ausländische Investitionen und niedrige Handelsschranken erweisen sich bei einem flächendeckenden Ländervergleich für die Jahre 1970-1997 als demokratiebedrohende Faktoren für die jeweiligen Wettbewerbsstaaten.¹⁵ Berührt wird von solchen Befunden auch die ebenfalls in Anschluss an Kant zu einer Art ehernem Gesetz der empirischen Politikwissenschaft stilisierten These, dass demokratische Staaten miteinander keine Kriege führten und bei der militärischen Auseinandersetzung mit nichtdemokratischen Staaten zumindest Zurückhaltung walten ließen. Als wichtigster Grund für diesen Zusammenhang wird heute noch das Motiv genannt, dass in Staaten, in denen die Bürger selbst über Krieg und Frieden zu entscheiden haben, diese schon aus Eigeninteresse für Kriegsvermeidung votieren würden. Wenn nun – wie es die These der „Postdemokratie“ annimmt – Demokratie als Folge von Globalisierung auf Dauer zu einem bloß formalen und praktisch weitgehend folgenlosen Verfahren verkümmert, steht zu erwarten, dass solcherart regierte politische Systeme eine sehr viel aggressivere Außenpolitik betreiben werden.¹⁶

Die These der „Postdemokratie“ ist eine polemische Reaktion, die auf den Tatbestand aufmerksam machen will, wie weit entfernt moderne westliche politische Systeme vom demokratischen Grundimpuls stehen. In gewisser Weise ist sie eine durchaus vernünftige Reaktion, denn sie verringert die legitimatorische Last westlicher Systeme. Es spricht allerdings wenig dafür, dass sich diese Strategie über einen engeren Kreis von Wissenschaftlern hinaus durchsetzen kann; denn

15 Vgl. dazu ausführlicher Li/Reuveny (2003).

16 Vgl. Teusch/Kahl (2001) und Czempiel (2002).

zu viele Verwender des Demokratiebegriffs werden seine Versprechenskapazität weiter ausbeuten wollen. Die Angehörigen der politischen Klasse haben beispielsweise naturgemäß ein Interesse daran, ihre Profession mit dem Versprechen der Demokratie in Verbindung zu bringen, weil sie sich davon eine erhebliche Legitimationssteigerung erhoffen. Das Gleiche gilt für die militärische Interventionspolitik westlicher Staaten wie in Afghanistan oder zuletzt im Irak, die im Namen der Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten gerechtfertigt wird.¹⁷

Der wissenschaftliche Wert der These der Postdemokratie besteht letztlich darin, sich in der Nachfolge des unlängst verstorbenen Johannes Agnoli auf verlorenen Posten zu stellen und den heutigen Verwendern des Demokratiebegriffs in puritanischer Manier und mit Selbstzufriedenheit immer wieder zu widersprechen – eine intellektuell ebenso unbefriedigende wie politisch unergiebig Perspektive.

2. Demokratie als Handlungsbegriff

Attraktiver ist eine zweite Strategie: die des „Um-Positionierens“. Die Absicht dieser Strategie besteht darin, die für das bisherige Überleben des Demokratiebegriffs verantwortliche Versprechenskomponente *explizit* in das Zentrum der Demokratietheorie zu stellen. Aus der „Demokratie“ als einem institutionellen Ordnungsbegriff der klassischen Staatsformenlehre wird damit ein Handlungsbegriff, der die Frage der Beteiligung als kritischen Maßstab gegenüber den institutionellen Arrangements moderner politischer Systeme verwendet. Die sich mit diesem Ebenwechsel andeutende Alternative zur „Rationalisierung“ des Demokratiebegriffs besteht in seiner „Dynamisierung“. Dem Demokratiebegriff wird damit eine weitere semantische Verschiebung zugemutet. Als „demokratisch“ werden nicht politische Systeme, sondern bestimmte politische Handlungen qualifiziert.

Blickt man auf neuere demokratietheoretische Arbeiten der letzten Jahre, so deutet sich dieser Wandel zum Handlungsbegriff bei einigen Autoren ganz unterschiedlicher Herkunft bereits an:

- So bei Sheldon S. Wolin, der sich in seiner an Hannah Arendt erinnernden republikanischen Konzeption einer „fugitive democracy“ explizit von einem Verständnis von Demokratie als bloßer Regierungsform absetzt zugunsten eines „project concerned with the political potentialities of ordinary citizens, that is with their possibilities for becoming political beings through the self-discovery of common concerns and of modes of action for realizing them“ (Wolin 1994, S. 11).
- Ebenso, wenn auch auf ganz andere Weise bei Jacques Derrida, der unter der programmatischen Formel einer „démocratie à venir“ dieselbe als eine Art po-

¹⁷ Vgl. Chojnacki (2003).

lemischen Imperativ zur Kritik aller jeweils konkreten demokratischen Institutionalisierungen versteht.¹⁸

- So auch in Chantal Mouffes Thesen über eine „adversary democracy“, in der eine „unresolved tension“ zwischen dem liberal-rechtsstaatlichen und dem demokratischen Moment westlicher politischer Systeme existiert, die aus Sicht von Mouffe produktiv als eine Art Motor gedeutet werden muss, der die Politisierung weiterer Lebensbereiche forciert (Mouffe 2000, S. 45).
- So in Michael Sawards Konzeption von „Enacting Democracy“, der zufolge „democratic principles are primarily things that we do, rather than rights or statuses“ (Saward 2003, S. 164).
- Oder schließlich bei Wayne Garbardi, der Demokratie versteht als „an ethos and set of strategies operating at the local and micro levels of adaption and resistance to complex, governmental power frameworks and policy networks“ (Garbardi 2001, S. 564) und dann mit Foucault zwischen einer Reihe unterschiedlicher demokratischer Handlungsformen unterscheidet.

Bei allen Unterschieden im Detail ist den genannten Autoren die rhetorische Strategie einer „Dynamisierung“ des Demokratiebegriffs gemeinsam, die sich gegen das gegenwärtig dominierende Rationalisierungsparadigma und seine institutionalistische Auslegung richtet. Ihre genuine Stärke gewinnt die „Dynamisierung“ in der aktuellen Theoriedebatte allerdings kaum, wenn sie als Ersatz, als Alternative verstanden wird. Vielmehr muss sie als kritische Ergänzung zur üblich gewordenen „Rationalisierung“ des Demokratiebegriffs betrachtet werden.

Die Produktivität eines solchen Ergänzungsverhältnisses lässt sich am Beispiel der Kritik von Iris Marion Young an Jürgen Habermas illustrieren, der sicherlich die avancierteste Version des Rationalitätsparadigmas in der modernen Demokratietheorie vertritt. In Habermas' deliberativer Demokratietheorie sollen rechtsstaatlich verfasste institutionelle Arrangements für die Rationalität demokratischer Politikergebnisse bürgen. Habermas selbst umschreibt die Rolle politischer Institutionen in der Demokratie folgendermaßen: „Eine subjektlos und anonym gewordene, intersubjektiv aufgelöste Volkssouveränität zieht sich in die demokratischen Verfahren und in die anspruchsvollen kommunikativen Voraussetzungen ihrer Implementierung zurück. Sie sublimiert sich zu jenen schwer greifbaren Interaktionen zwischen einer rechtsstaatlich institutionalisierten Willensbildung und kulturell mobilisierten Öffentlichkeiten“ (Habermas 1992, S. 626). In dieser Auslegung von „Demokratie“ findet die politische Partizipation in einer Vielfalt von politischen Institutionen im weiten Reich zwischen der Zivilgesellschaft und den festen Strukturen des routinierten Politikbetriebes statt. Zugleich werden die Institutionen der politischen Willensbildung gleichsam vernunftrechtlich geadelt.

Young hat gegen diesen Institutionalismus eingewendet, dass politisches Han-

18 Für eine gute und kritische Rekonstruktion der Demokratietheorie von Derrida vgl. Fritsch (2002).

deln, das den institutionalisierten Verfahren entgegensteht, potentiell illegitim wird. Sie argumentiert, dass Modelle deliberativer Politik, die sich auf die etablierten Institutionen und Praktiken der liberalen Demokratie stützen, die Tendenz haben, gesellschaftliche Machtstrukturen zu reproduzieren, ohne zu berücksichtigen, ob und inwieweit sich hinter diesen partikulare Interessen verbergen. Young zufolge müssen alle Modelle deliberativer Demokratie die Unterscheidung zwischen „rational“ und „irrational“ machen, da sie nur entlang dieser Unterscheidungslinie Selektionskriterien für eine vernünftige politische Willensbildung zur Verfügung haben.

Das aber bedeutet: Auch in der perfektesten deliberativen Demokratie haben ihre institutionellen Prozeduren die Eigenschaft, Entwürfe und Projekte auszuschließen, die vor dem Hintergrund der etablierten Überzeugungen zunächst einmal als „unvernünftig“ erscheinen; sie tendieren zu deliberativen Verkrustungen: „The theory and practice of deliberative democracy have no tools for raising the possibility that deliberations may be closed distorted in this way. It lacks a theory of, shall we call it, ideology, as well as an account of the genealogy of discourses and their manner of helping to constitute the way individuals see themselves and their social world“ (Young 2001, S. 686). Gegen diese Verkrustung bringt Young eine aktivistische Konzeption politischen Handelns ins Spiel, die die etablierten, institutionalisierten Kanäle der Einflussnahme zu umgehen versucht. Sie denkt vor allem an Formen des öffentlichen Protestes, die sich zunächst der argumentativen Auseinandersetzung bewusst entziehen oder sogar widersetzen. Das Ergebnis solchen politischen Handelns kann darin bestehen, „to make us *wonder* about what we are doing, to rupture a stream of thought, rather than to weave an argument“ (ebd., S. 687, Herv. i.O.). Zugespitzt kann man sagen, dass „Demokratie“ hier als Gegenbegriff zu den Institutionen und festen politischen Ordnungen fungiert, wie perfekt organisiert und klug moralisch legitimiert sie auch immer sein mögen.

Wir haben die Kritik von Young an Habermas hier ausführlich referiert, weil sie ihr aktivistisches Demokratieverständnis – anders als einige der oben genannten poststrukturalistischen Autoren – nicht als grundsätzliche Alternative zum deliberativen Modell, sondern als unerlässliche Ergänzung dazu versteht. Ihr Anliegen besteht darin, das Augenmerk auf die blinden Flecken des Rationalitätsparadigmas zu richten. John Dryzek, der eine ähnliche Kritik an Habermas vorbringt, hat deshalb vorgeschlagen, in Abgrenzung zur deliberativen Demokratietheorie besser von „discursive democracy“ zu sprechen.¹⁹ Im Anschluss an diese Grundintuition lässt sich die rhetorische Stoßrichtung unserer „Um-Positionierung“ in der Verwendung des Demokratiebegriffs besser verdeutlichen: Young hinterfragt die Voraussetzungen des gegenwärtig vorherrschenden politischen Handelns und erinnert an das Versprechen der Demokratie. Das Versprechen ist eine regulative Idee, sie kann immer nur unvollständig verwirklicht werden. Jeglichem Bemühen um die

19 Vgl. Dryzek (2000, S. 57-80).

definitive Verwirklichung von Demokratie steht entgegen, dass ihr ein konstitutives Äußeres, ein Moment von Nicht-Demokratie innewohnt, an dem sich das demokratische Versprechen kritisch abarbeiten muss. Ein dynamisierter Demokratiebegriff bezeichnet gegenüber den temporären Institutionalisierungen somit die prinzipielle Unabgeschlossenheit und Offenheit des demokratischen Projektes.

Doch die „Dynamisierung“ des Demokratiebegriffs hat nicht nur Konsequenzen für die normative Demokratietheorie, sondern auch für die empirische Demokratiemessung. Das Verständnis von Demokratie als Handlungsbegriff zwingt die empirische Forschung zu einem entscheidenden Wandel ihrer bisherigen Grundannahmen. Sie muss erkennen und anerkennen: „Demokratie“ als Handlungsbegriff lässt sich auf unterschiedliche Weisen institutionell realisieren. Zudem lässt sich der Grad oder die Gütequalität von Demokratie empirisch nicht mehr allein aufgrund des Vorliegens bestimmter institutioneller Merkmale erfassen. Legt man der empirischen Messung einen dynamisierten Demokratiebegriff zugrunde, so erweitert sich der Horizont in zweierlei Hinsicht. Zum einen bekommt man die Praktiken von Demokratie in den Blick, die nicht von vornherein auf eine bestimmte, an die liberalen Gesellschaften des Westens gebundene Institutionalisierungsform fixiert sind (dies hat beispielsweise Konsequenzen für die Bewertung des heutigen Iran); zum anderen verändert sich auch der zentrale Messparameter, da nun der Grad der effektiven politischen Beteiligung – in Formen von Mitgestaltung, Widerspruch und expliziter Autorisierung²⁰ – in den Vordergrund der empirischen Forschung rückt. Die Antwort auf die Frage, wie demokratisch die „etablierten Demokratien“ sind, wird aus Sicht eines dynamisierten Demokratiebegriffs jedenfalls deutlich skeptischer ausfallen als in den Befunden der etablierten empirischen Demokratieforschung.

Ob sich die Dynamisierung des Demokratiebegriffs in der Zukunft erfolgreich durchsetzen wird, ist eine offene Frage. Semantische Wandlungsprozesse lassen sich durch keine Anleitung forcieren. Politische Konzepte sind „essentially contested concepts“²¹ und in ihrem Bedeutungswandel nur begrenzt steuerbar. Ebenso wenig beeinflussbar ist auch das Überleben von politischen Begriffen. Aus einer gleichsam darwinistischen Sicht kann dem Demokratiebegriff eigentlich nichts Besseres widerfahren als seine „Dynamisierung“, um weiterhin als Schlüsselbegriff der politischen Sprache verwendet zu werden. Denn eine solche Transformation würde ihm gegenüber anderen politischen Begriffen einen unschätzbaren Vorteil an die Hand geben: „Demokratie“ würde zu einem Synonym für den permanenten Streit und Kampf um den jeweils konkreten Inhalt von Demokratie.

20 Vgl. zu diesen Formen Abromeit (2003).

21 Vgl. Connolly (1993).

Literatur

- Abromeit, Heidrun, 2002: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen.
- Abromeit, Heidrun, 2003: Die Messbarkeit von Demokratie. Die Relevanz des Kontexts, erscheint in: Politische Vierteljahresschrift.
- Agnoli, Johannes, 1990: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften, Freiburg.
- Arato, Andrew, 2000: Good-bye to Dictatorship?, in: Social Research 67, S. 157-183.
- Arato, Andrew, 2002: Constitutional Dictatorship?, in: Constellations 9, S. 457-476.
- Bachrach, Peter, 1967: Die Theorie der demokratischen Elitenherrschaft, Frankfurt a.M. 1970.
- Barber, Benjamin, 1994: Starke Demokratie, Hamburg.
- Bendel, Petra, Aurel Coissant und Friedbert Rüb (Hrsg.), 2002: Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen.
- Benz, Arthur, 1998: Postparlamentarische Demokratie?, in: Michael Greven (Hrsg.), Demokratie – Eine Kultur des Westens?, Opladen, S. 201-222.
- Bobbio, Norberto, 1989: Democracy and Dictatorship, Minneapolis.
- Bohman, James, 2001: Cosmopolitan Republicanism. Citizenship, Freedom and Global Political Authority, in: The Monist 48, S. 3-21.
- Chojnacki, Sven, 2003: Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System 1946-2001. Discussion Paper P 2003-304, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Connolly, William E., 1993: The Terms of Political Discourse, 3. Aufl., Princeton.
- Czempiel, Ernst-Otto, 2002: Kehrt der Krieg zurück? Anamnese einer Amnesie, in: Merkur 635, S. 197-209.
- Dahl, Robert A., 1998: On Democracy, New Haven.
- Diamond, Larry, 2002: Thinking About Hybrid Regimes, in: Journal of Democracy 13 (2), S. 21-36.
- Dryzek, John, 2000: Deliberative Democracy and Beyond, Oxford.
- Femina, Joseph, 2001: Against the Masses. Varieties of Anti-Democratic Thought since the French Revolution, Oxford.
- Forst, Rainer, 1994: Kontexte der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.
- Fritsch, Matthias, 2003: Derrida's Democracy to Come, in: Constellations 9, S. 574-597.
- Garbari, Wayne, 2001: Contemporary Models of Democracy, in: Polity 33, S. 547-568.
- Goodin, Robert E., 2003: Reflective Democracy, Oxford.
- Guéhenno, Jean-Marie, 1996: Das Ende der Demokratie, München.
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M.
- Held, David, 1987: Models of Democracy, Oxford.
- Held, David, 1995: Democracy and the Global Order, Cambridge.
- Hirschman, Albert O., 1992: Die Rhetorik der Reaktion. Denken gegen die Zukunft, Frankfurt a.M.
- Jachtenfuchs, Markus, 2002: Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Baden-Baden.
- Jörke, Dirk, 2003: Demokratie als Erfahrung. John Dewey und die politische Philosophie der Gegenwart, Wiesbaden.
- Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), 1998: Regieren in entgrenzten Räumen, Opladen.
- Lauth, Hans-Joachim, Gert Pickel und Christian Wetzels (Hrsg.), 2000: Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Opladen.
- Li, Quan und Rafael Reuveny, 2003: Economic Globalization and Democracy, in: British Journal of Political Science 33, S. 29-54.
- Lind, Michael, 1996: The Next American Revolution. The New Nationalism and the Fourth American Revolution, New York.

- Macpherson, C.B., 1977: Nachruf auf die liberale Demokratie, Frankfurt a.M. 1983.
- Manin, Bernard, 1997: *The Principles of Representative Government*, Cambridge.
- Mouffe, Chantal, 2000: *The Democratic Paradox*, New York.
- Ober, Josiah, 1998: *Political Dissent in Democratic Athens. Intellectual Critics of Popular Rule*, Princeton.
- Offe, Claus, 1997: *Micro-Aspects of Democratic Theory. What Makes for the Deliberative Competence of Citizens?*, in: Axel Hadenius (Hrsg.), *Democracy's Victory and Crisis*, Cambridge, S. 81-104.
- Palonen, Kari, 2003: *Quentin Skinner. History, Politics, Rhetoric*, Cambridge.
- Phillips, Anne, 1994: *Geschlecht und Demokratie*, Hamburg.
- Przeworski, Adam et al., 2000: *Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, Cambridge.
- Rawls, John, 1971: *A Theory of Justice*, Cambridge.
- Rawls, John, 1993: *Political Liberalism*, New York.
- Rawls, John, 2003: *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf*, Frankfurt a.M.
- Roper, Jon, 1989: *Democracy and its Critics*, London.
- Roth, Roland, 1997: *Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung*, in: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*, Baden-Baden, S. 404-447.
- Sandel, Michael, 1996: *Democracy's Discontent. America in Search of a Public Philosophy*, Cambridge.
- Sartori, Giovanni, 1962: *Democratic Theory*, Detroit.
- Saward, Michael, 2003: *Enacting Democracy*, in: *Political Studies* 51, S. 161-179.
- Schmalz-Bruns, Rainer, 1999: *Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats*, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 6, S. 185-244.
- Schmidt, Manfred G., 2000: *Demokratietheorien*, 3. Aufl., Opladen.
- Scharpf, Fritz W., 1999: *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt a.M.
- Skinner, Quentin, 2002: *Visions of Politics. Volume 1: Regarding Method*, Cambridge.
- Streeck, Wolfgang, 1998: *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt a.M.
- Sunstein, Cass, 1993: *Democracy and Shifting Preferences*, in: David Copp et al. (Hrsg.), *The Idea of Democracy*, Cambridge, S. 196-230.
- Teusch, Ulrich und Martin Kahl, 2001: *Ein Theorem mit Verfallsdatum? Der 'Demokratische Frieden' im Kontext der Globalisierung*, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 8, S. 287-320.
- Young, Iris Marion, 2001: *Activist Challenges to Deliberative Democracy*, in: *Political Theory* 5, S. 670-690.
- Wilke, Helmut, 1992: *Ironie des Staates*, Frankfurt a.M.
- Wolin, Sheldon S., 1994: *Fugitive Democracy*, in: *Constellations* 1, S. 11-25.
- Zakaria, Fareed, 1997: *The Rise of Illiberal Democracy*, in: *Foreign Affairs* 76 (6), S. 22-43.
- Zolo, Danilo, 1998: *Die demokratische Fürsteherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*, Göttingen.